



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/8 - 10.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Landwirtschaft unter Druck	S. 1
KF - Sabotage in Norwegen	S. 3
Neue Zwangsmaßnahmen in der Sowjetzone	S. 4
Schuman-Plan - Splitter	

Kali-Konzerne planen neuen Raubzug

H.S. Nach der im vorigen Jahr erfolgten Preiserhöhung für Stickstoff und Phosphate wurde zunächst mit einem Rückgang des Kunstdüngerverbrauches gerechnet. Aber der gesunde Sinn der Bauern setzte sich durch. Mit Ausnahme von Düngekalk war im vorigen Jahr ein Rekordaufwand von Kunstdünger zu verzeichnen, der selbst den außergewöhnlich hohen Stand des letzten Vorkriegsjahres übertraf. Die gute Ernte des vorigen Herbstes gewährleistete eine gute Verzinsung des Mehraufwandes an Kunstdünger. Im laufenden Wirtschaftsjahr wird nach den bisherigen Abrufen mit einer weiteren Steigerung des Kunstdüngeraufwandes gerechnet, wenn nicht von der Preisseite her ein Strich durch die Rechnung gemacht wird. Damit sind aber die Manager der Kali-Konzerne zur Zeit eifrig beschäftigt.

Die Kali-Industrie beantragte die Erhöhung der Preise um rund 20 Prozent und fand für diesen Wunsch beim Bundeswirtschaftsministerium sofort ein geneigtes Ohr. Im Preisrat legte sich dann aber das Bundesernährungsministerium quer. Nun soll das kleine Wirtschaftskabinett entscheiden. Interessant ist an dieser Preisforderung vor allem die Unverschämtheit der Begründung. Die Kali-Gesellschaften können nicht nachweisen, daß ihre Gesteungskosten mit den derzeitigen Preisen - die im Jahre 1948

bevorzugt erhöht wurden - unvereinbar sind. Sie pochen deshalb darauf, daß der Mehrabsatz im Inland und die gesteigerte Ausfuhr die Inbetriebnahme stillgelegter Schachtanlagen erfordert und wollen durch eine Erhöhung des Inlandspreises aus den Taschen der Bauern die Mittel herausziehen, die zur Ausweitung der Produktion erforderlich sind. Das ist ein recht bequemer Weg, denn zuletzt werden die Verbraucher durch erneut erhöhte Agrarpreise die Rechnung bezahlen müssen.

Sind die Kali-Gesellschaften in einer Notlage? Sie betonen, daß ihnen in der Ostzone durch Enteignung große Werte verloren gegangen seien. Aber sie verschweigen, daß die "Burbach-Kali-Werke" ihre Ostzonenverluste in Höhe von 38 Millionen DM abschreiben, das Aktienkapital trotzdem im Verhältnis 1:1 umstellen und gleichzeitig die Betriebsanlagen um 30 Millionen DM im Werte aufstocken konnten. Die "Kali-Chemie" schrieb 35,5 Millionen DM als Ostzonenverlust ab und stellte ebenfalls 1:1 um. Der Geschäftsbericht dieser Gesellschaft bezeichnet Umsatz und Ertrag als "recht erfreulich". Die "Wintershall-AG" büßte im Osten sechs Kali-Werke und zwei Treibstoffbetriebe ein und stellte - wie die "Salzdörfurth-AG" - das Kapital im Verhältnis 10:7 um.

Es darf nicht übersehen werden, daß in der Vorkriegszeit im Gebiet der heutigen Bundesrepublik nur etwa 25 Prozent der gesamtdeutschen Kaliproduktion gefördert wurde. Inzwischen konnte die westdeutsche Förderleistung, die in Händen von fünf Großgesellschaften liegt, von schätzungsweise 470000 t jährlich auf 1.250000 t Reinkali gesteigert werden. Das heißt: Die westdeutschen Kali-Konzerne fördern im Jahre 1952 allein so viel Kali, wie früher im ganzen Reich gefördert wurde. Etwa 500000 t Reinkali sind jährlich zur Ausfuhr bestimmt. Kali ist auf dem Weltmarkt gesucht und selbst die USA führen Kalisalze aus dem Bundesgebiet ein. Nimmt man aber hinzu, daß einige der Kali-Gesellschaften durch ihre Beteiligung am flutflorierenden Erdölgeschäft über bedeutende Kapitalreserven verfügen, kann man sich über die Unverfrorenheit, mit der die Kali-Konzerne die Kosten für die weitere Ausdehnung ihrer ausgezeichnet rentierenden Produktion den Verbrauchern aufhalsen wollen. Die "Kali-Chemie" schüttete im vergangenen Jahr als sechsprozentige Dividende rund 2,1 Mio. DM aus, aber für die Erweiterung der Betriebsanlagen sollen die Bauern herhalten, die darüber der Meinung sind, daß hier offenbar mit Hilfe des Bundeswirtschaftsministeriums einer fetten Sau das Hinterteil geschmiert werden soll.

Wollweberliga in Norwegen am Werk

KRK - Oslo

So wie die schwedischen Kommunisten darauf bedacht sind, sich für den Ernstfall durch die Besetzung wichtiger Schlüsselstellungen in der industriellen Erzeugung (auf den Werften, in Elektrizitäts- und Gaswerken) vorzubereiten, bemühen sich auch die norwegischen Kommunisten, Schlüsselpositionen in den Betrieben zu erlangen. Neue Veröffentlichungen der schwedischen Zeitung "Dagens Nyheter" enthalten Angaben darüber, daß die sogenannte Wollweberliga, eine kommunistische Sabotageorganisation, ihr Netz über ganz Skandinavien spannt und für eine wirkungsvolle Verteilung der Aufgaben sorgt. Die verstärkte Tätigkeit der norwegischen Kommunisten, die nun ihre letzte Vertretung im Parlament verloren haben und in vielen Gemeindeverwaltungen einflußlos geworden sind, vollzieht sich unterirdisch und geschieht unter enger Fühlungnahme mit der russischen Gesandtschaft und deren Unterorganen.

Die vor kurzem zu Ende geführte Verhandlung gegen den Osloer Spion Danielsson brachte zutage, daß er, der mit seiner Gattin seit 1948 Mitglied der Kommunistischen Partei ist, mit einem Beamten der russischen Gesandtschaft direkt zusammengearbeitet hat. Während des Prozesses ist es unmöglich gewesen, von dem Angeklagten Antwort auf die Frage zu erhalten, ob er im Falle eines bewaffneten Konfliktes zu seinem Lande oder zur Kominform stehen würde.

Obwohl die Kommunisten ihren Einfluß auch in den großen Betrieben verloren haben, haben sie starke Verankerungen in einigen Betrieben, die für die militärische Bereitschaft bedeutungsvoll sind. In Oslo ist dies in erster Linie Akers Mekaniska Verkstad, weiter im Westen haben sie wichtige Stellungen vor allem in Heröya und Umgebung inne. Andere gefährdete Punkte sind Kongsbergen (Waffenfabrik), Bergen, die Gegend von Narvik und große Teile des nördlichsten Norwegen, wo die Industrialisierung rasche Fortschritte macht. Es ist festgestellt worden, daß sich die Kommunisten in diesen Gegenden an mehrere militärisch wichtige Punkte als Arbeiter und Angestellte herangemacht haben. Sie sind dorthin geschickt worden von einer zentralen Stelle aus, die auch entsprechend

"zweckmäßige" Übersiedlungen der schwedischen Kommunisten leitet.

Ebenso beunruhigend wird es empfunden, daß die Kommunisten in einigen Gemeinden des nördlichsten Norwegen Wahlerfolge aufzuweisen hatten. Bei einem Vorstoß zu den Fjorden im Westen könnten die Russen auf gute Unterstützung rechnen. Der große Aufbauplan der norwegischen Arbeiterregierung für die nördlichsten Teile des Landes hat nicht zuletzt auch die Aufgabe, das Fortschreiten des Auflösungs- und Zersetzungsprozesses zu verhindern, der dort seit einiger Zeit ungestört vor sich gegangen ist.

In Skandinavien kennt man die Aufgaben der Kommunisten. Man bereitet sich darauf vor, ihnen im richtigen Augenblick das Handwerk zu legen. Gelänge dies nicht, wären wichtige Teile der Verteidigung in Gefahr.

+ + +

Für Stalins Rüstungen eingespannt

(sp) Nach der gewaltsamen Einführung der Betriebskollektivverträge in der sowjetischen Besatzungszone und der Auflage einer Aufbauzwangsanleihe, nach der eine dreiprozentige "Lohnabführung" erfolgt sowie sechs Wochen unbezahlte Arbeit zu leisten sind, werden weitere drastische Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft eingeleitet.

Die Zwangsverpflichtung von Arbeitern, die bisher nur für den Uranbergbau in Aue die Regel war, wird nunmehr auch für alle Wirtschaftszweige der volkseigenen Industrie angewandt. Das Ministerium für Arbeit ist ermächtigt worden, Betriebe und Verwaltungen zur Freistellung von Arbeitern und Angestellten zu verpflichten und diese dann nach eigenem Bedarf einzusetzen. Außerdem können aber auch die Zentralverwaltungen der volkseigenen Betriebe innerhalb ihres Bereiches die einzelnen Arbeiter nach eigenem Ermessen einsetzen, ohne daß der Arbeiter eine wirksame Einspruchsmöglichkeit hat. Diese Methoden haben einen politischen Hintergrund, denn die kommunistischen Betriebsgewerkschaftsleitungen haben den Auftrag, vor allem die Arbeiter aus den Betrieben zu entfernen, die sich

gegen die Einführung der Betriebskollektivverträge gewandt haben.

Die Vorbereitungen des Aufbauministeriums und anderer Stellen zur Errichtung von Barackenlagern lassen in diesem Zusammenhang den eindeutigen Schluß zu, daß die Zwangsverpflichtungen größeres Ausmaß annehmen werden. Auf die Belange und Ansprüche der Arbeiter wird dabei natürlich keine Rücksicht genommen. Dagegen wird aber eine weitere Verschlechterung ihres Lebensstandards eintreten, da im Rahmen der nun fast überall mit Zwang eingeführten Betriebskollektivverträge keine Ausgleichszahlungen, Trennungs- oder Tagegelder gezahlt werden dürfen.

Diese Maßnahmen sind nach internen Verlautbarungen des sowjetzonalen Arbeitsministeriums erforderlich geworden, da die im Rahmen des Fünfjahresplanes vorgesehene Einstellung von über 800000 neuen Arbeitskräften keine Fortschritte gemacht hat, sondern im Gegenteil durch die große Zahl politischer Flüchtlinge die Beschäftigungsziffer im Sinken begriffen ist.

Um trotz dieses selbstverschuldeten Dilemmas nun in der Gnade der Machthaber im Kreml zu bleiben, werden so die Methoden eines immer stärker werdenden Druckes und Zwanges angewandt. In der kommunistischen Sprachweise nennt man dann das Produkt dieser Terrormaßnahmen "Arbeiterparadies".

+ + +

Schumann-Plan-Splitter:

Am Morgen des ersten Tages der großen Schuman-Plan-Diskussion verteilten vor dem Hauptportal des Bundestages höfliche Schüler zwischen 10 und 13 (in wessen Auftrag wohl?) die von dem gewiß lustigen, aber ökonomisch recht unerfahrenen Zeichner Kossatz gegebene Antwort auf die Frage: Was bringt uns der Schuman-Plan? - Die Schlichtheit der Darstellung entsprach durchaus der der Beweisführung der Regierungsparteien während der Debatte selbst. Insoweit war Kossatz wirklich kein schlechter Interpret seiner Auftraggeber.

x

Selbst die CDU-Presse konnte die Sorge vor dem kommenden Schuman-Plan nicht ganz unterdrücken, wenn sie ihr meist auch nur schamhaft durch Karikaturen Ausdruck verlieh.

Schon vor längerer Zeit bracht die "Ruhrnachrichten" eine entsprechende Zeichnung mit der Unterschrift:

"Wir wollen sein e i n Volk von Schumanbrüdern
und uns nicht trennen von der Ruhr ..."

+ + +